

Dr. Becker gegen die Spekulationsmache der Dollarhauffe.

Frontaler sozialistischer Reichstagsangriff auf die Reichswirtschaftspolitik.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 10. April. Der Vizepräsident Dr. Noll (D. W.) ist zur Feier seines 50-jährigen Jubiläums mit einem Strauß weißen Blieders geschmückt. An Stelle des ausgeschiedenen Schriftführers Abg. Maltewsky (D. N.) wird Abg. Philipp (D. N.) gewählt. Dann wird der

Etat des Reichswirtschaftsministeriums beraten.

Abg. Dr. Herg (Soj.) wirft der Regierung vor, daß sie lange Zeit nichts getan habe, um das gewaltige Steigen des Dollars zu verhindern. Sie habe zu spät eingegriffen, nachdem die Finanzen des Reiches, die Währung und die schärferen Mittel angewendet hätten. Man hätte die Sozialsolidarität bereits im vorigen Sommer vorschlagen und die von der Reichsbank abgelehnt wurden. Vor allem sei die Erfassung der Sachwerte notwendig, ebenso eine Reform der Steuerpolitik. Schon seit dem Sommer sei die Industrie nicht mehr exportfähig gewesen, sei die Arbeitslosigkeit ständig gestiegen. Das verspätete Eingreifen habe eine empfindliche Preiserhöhung und ein weiteres Sinken des Reallohnes zur Folge gehabt. Trotzdem habe der Reichswirtschaftsminister den Hauptzweck für weitere Lohn erhöhungen genannt. Sein Standpunkt sei: Erst Lohnabbau, dann Preisaabbau. Der Reichstag müsse es umgekehrt sein. Für das Reich habe die Valierung diesen Grundlag nicht einmal gelten lassen: Sie habe zwar nicht die Prozentzahl der Beschäftigungserhöhung erhöht, zahle aber tatsächlich höhere Beiträge aus. Obere Löhne hätten gar keinen großen Einfluß auf die Preise, denn die Löhne machten nur einen geringen Teil der Wertschöpfung aus. Schuld an den Entlohnungen sei allein die Gewinnminderungen von Handel und Industrie. Soweit überhaupt von einem Preisabbau die Rede sein könne, sei er auf Kosten der Arbeiter und des Staates erfolgt: Ermäßigung der Ausfuhrabgaben usw. Die ganze Wirtschaft- und Steuerpolitik der Regierung habe den Preisabbau verhindert; denn sie ermöglichte es dem Kapital, die Waren festzuhalten und die Preise zu treiben. Es fehle das Vertrauen in eine feste Wirtschaftspolitik. Man habe nicht an die Stützungspolitik geglaubt.

Die Reichsbank habe gestern ihre Warnung nicht verloren. Durch eine energische Politik könne der Fehler wieder gut gemacht werden. Keiner fordere Verhinderung der Devisenverordnung, Anmeldepflicht der Devisenbesitzer, strenge Kreditbeschränkung und Einschränkung des Reichsbankdiskonts, sowie Einschränkung der Luxusausfuhr.

Abg. Ocker (Reiz.) weist darauf hin, daß die Entscheidung über die Zukunft der deutschen Wirtschaft an Rhein und Ruhr fallen werde und fordert die Regierung, sich für die Bevölkerung zu interessieren. Die Ausfuhr von Rohstoffen sei in den Betrieben fast immer noch besser als die Vermehrung der Zahl der Erwerbslosen.

Präsident Ebe unterbricht die Verhandlungen und spricht dem inzwischen im Saal erschienenen Abgeordneten Dr. Noll namens des Reichstages die herzlichsten Glückwünsche zu seinem Ehrenstage aus. (Lebh. Beifall.)

Die Abgeordneten aller Parteien, die sich während dieser Ansprache in den Sälen erhoben haben, stimmen mit lebhaftem Beifall zu. Abg. Dr. Noll sagt dem Reichstag für die Glückwünsche herzlichsten Dank.

Reichswirtschaftsminister Dr. Becker:

Eine Anklage habe ich erwartet, allerdings nicht vom Abgeordneten Herg. Ein großer Teil seiner Anklagen richtet sich gegen die Person und Politik des Wirtschaftsministers, sondern gegen die Politik des Finanzministers. Manches von dem, was er sagte, wäre vielleicht besser im Plenum des Reichstages ausgesprochen. (Sehr wahr!) Die Frage, wie wir die Abwehrkraft drüben stärken, sollten wir nicht in der Öffentlichkeit behandeln.

Das Ruhrgebiet ist nicht nur von der Einfuhr, sondern auch von der Ausfuhr abgeschnitten. Es gibt Konzerne, die täglich Rohstoffe von drei bis vier Milliarden haben. Es sind also gewaltige Kredite notwendig. Es mühte unsere erste Aufgabe sein, die Betriebe aufrecht zu erhalten, und weiter sollen die Kredite denn kommen, wenn nichts eingeleitet für die gefertigten Waren? Die Kredite laufen dann auf das ganze Reservoir der Reichsbank zurück. Warum fragen Sie über die Vermehrung der schwelenden

Schuld? Wenn wir die Kredite nicht gegeben hätten, dann wäre der Abwehrkampf dort drüben nicht 14 Tage so führen gewesen und dann hätte sofort die ganze Arbeiterschaft und Angehörigenschaft auf der Straße gelegen. Wir waren auf den Einbruch nicht vorbereitet. In den allerersten Tagen aber, in denen wir die Möglichkeit hatten, uns mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Gebietes zu unterhalten, wurde als oberster Grundsatz proklamiert: Es ist erste Aufgabe, die Betriebe aufrecht zu erhalten. Wenn nichts weiter geschieht, daß die Kohle von einem Fleck auf den anderen umgeschippt wird, ist das immer noch besser, als wenn geliefert wird. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Kredite für Zwecke verwendet werden, zu denen sie gegeben werden. Aber gegen einzelne Mißgriffe ist auch die schärfste Kontrolle wirkungslos.

Aber kein Wort der Verurteilung sei hier gesagt gegen das Treiben jener, die den gekrischten Einbruch in die Devisenpolitik der Regierung verschuldet haben. Er werde allerdings nur vorübergehend sein. (Beifall.) Spekulationskäufe von Devisen sind heute allerdings ein Verbrechen. Da darf man auch vor starken Maßnahmen nicht zurückschrecken, denn wir leben im Kriege, aber diese Maßnahmen müssen auch wirksam sein.

Der Bedarf für unsere sehr starke Einfuhr von Lebensmitteln und anderen notwendigen Dingen, die die Wirtschaft braucht, muß unter allen Umständen gedeckt werden. Wenn Wirtschaftler dazu gestern und vorgestern Devisen gekauft haben, so wird man ihnen keinen Vorwurf machen können. Aber auf's schärfste müssen wir es verurteilen, wenn Wirtschaftler heute über das notwendige Maß hinaus Devisen gekauft haben. Aber eines noch ardhieren Verbrechens machen sich die Schuldigen, die aus spekulativen Gründen Devisen kaufen. Was dagegen geschehen kann, muß geschehen, und man darf auch vor starken Maßnahmen nicht zurückschrecken, ohne Rücksicht auf eine politische oder wirtschaftliche Überzeugung. Wir haben festgehalten gefaßt.

woher diese Hauffe kam.

Es haben verschiedene Gründe zusammengewirkt. Seit einigen Tagen machte sich das Anziehen der Devisenkurse geltend. Zunächst zur Deckung des notwendigen Bedarfs, dann aber durch spekulative Kreise. (Hört! hört!) Darüber ist kein Zweifel, sonst hätte die Summe nicht so groß sein können, die gestern an Devisen gekauft wurde. Endlich macht sich bei solchen Gelegenheiten, wenn ein gewisser Run eingetreten ist, eine Panik bemerkbar, und dann wirft sich alles auf den Markt.

Der Minister stellt mit, daß sich das Reichsministerium unter Zustimmung des Reichspräsidenten mit dieser Frage beschäftigt habe. Die Reichsregierung hat auch in der Devisenpolitik seinen Zweifel darüber gelassen, daß die Stützungspolitik, wie sie selber unternommen wurde, weiter durchgeführt werden muß. (Lebhafter Beifall.)

Die Reichsregierung hat auch heute die Mittel, die Stützungspolitik fortzusetzen. Auch vor drakonischen Maßnahmen wird man nicht zurückschrecken, um die Ruhr auf einem Niveau zu erhalten, das ein weiteres Sinken der Lebenshaltung verhindert.

Durch eine Wechselkursordnung soll die freie Spekulation zurückgedrängt werden. Wenn eine Restriktion sprechen die Forderungen lauten. Wenn auf dem Gebiete der Preisbildung noch nicht das Gleichgewicht erreicht wurde, so ist das Publikum zum Teil mit selbst daran schuld. Es gehen zu wenig Anzeigen wegen Wunders ein. In dem vom Abg. Dr. Herg verurteilten Erlaß zur Lohnfrage habe ich nirgends vom Lohnabbau gesprochen. Ich habe darin den Preisabbau verlangt und daran die Wahrung geknüpft, dann auch von weiteren Lohn erhöhungen abzuweichen, weil diese Lohn erhöhungen zu weiteren Preiserhöhungen führt.

Der Export muß mit allen Mitteln gefördert werden. Was zur Erleichterung der deutschen Wirtschaft im besetzten Gebiet geschehen kann, wird getan. Unsere ganze Wirtschaft müssen wir zuzelt auf das einstellen, was an Rhein und Ruhr vorgeht. Der Kampf ist außerordentlich schwer. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Wiendebach (D. N.) schließt sich dem Rufe des Ministers an, der zur Unterhügung des Kampfes an der Ruhr mit allen Mitteln auferordert. Dine Zusammengegriffen aller Instanzen ist ein allgemeiner Preisabbau unmöglich. Der Hausbrand muß für den nächsten Winter verbilligt werden.

Das Haus verlagert sich, Weiterberatung morgen.

Frankreichs Antwort über das Essener Blutbad.

Eine französische Note.

Paris, 10. April. Die französische Regierung hat den deutschen Protest vom 4. April gegen das auf Ostermontag und von französischen Truppen auf den Kruppischen Werken in Essen angelegte Blutbad mit der folgenden Note vom 10. April beantwortet:

Ihr Schreiben vom 4. April, womit Sie mir die Bemerkungen Ihrer Regierung über die Zwischenfälle mitteilen, die sich am 31. März in Essen abspielten, enthält unrichtige Behauptungen, von deren Richtigkeit ich mich nach den sehr genauen Feststellungen der von mir angeordneten Untersuchung für verpflichtet halte. Zunächst muß festgestellt werden, daß die Automobillhalle der Kruppischen Werke sich nicht in der Mitte der Fabrikgebäude, sondern am Rande einer Straße befindet. Die Besetzung der Halle durch die französische Abteilung, die mit der Requisition der Automobile beauftragt war, konnte deshalb die Tätigkeit der Arbeiter in keiner Weise stören. Der Offizier, der die Abteilerung befehligte, hat überdies sofort nach seinem Eintreffen, also um 7 Uhr morgens, über den Zweck seines Auftrages dem Chef der Automobillhalle Mitteilung gemacht. Es konnte deshalb kein Zweifel über den Grund seiner Anwesenheit bestehen, die von den Arbeitern überhaupt nicht bemerkt worden wäre, wenn sie ihnen nicht signalisiert worden wäre. Erst um 9 Uhr traten die Streikenden infolge von Beschwerden zwischen dem Beiratsrat und der Werkleitung in Tätigkeit, wodurch die Arbeiter genötigt wurden, die Werkstätten zu verlassen und sich um die Automobillhalle zu versammeln. Die Menge beobachtete zuerst eine verhältnismäßig ruhige Haltung. Jedoch traten Scharf auf, die Anführer hielten und die Menge gegen den Offizier und gegen die von ihm befehligte Abteilung aufreiste. Auf diese Anrede, für welche die Werkleitung verantwortlich ist, machte die schändliche Haltung zurückzuführen werden, die von der Menge der Arbeiter in immer zunehmendem Maße angenommen wurde. Die Arbeiter schlangen Spazierstöcke und Revolver (1) und besanden, Steine und Kokshäute auf die französischen Soldaten niederzugehen zu lassen.

Der Offizier wurde sogar an der Hand getroffen. Andererseits begab sich ein Teil der Aufwiegler hinter das Gebäude, um die französische Abteilung rückwärts zu lassen, während Schotter und Steine in die äußere Mauer herangeschleudert und Dampfströme in die Halle hineingeleitet wurden (1), um die Besetzungsbatterie zu verdrängen. Der Offizier hat trotz der sehr kritischen Lage, in der er sich befand, seinen Augenblick die Ratslosigkeit verloren, obwohl er von allen Seiten umringt und bedroht war, aberwärtig zu werden. Der Offizier veranlaßte die vorchriftsmäßigen Warnungen in deutscher Sprache. Als diese Warnungen ohne Wirkung blieben, ließ er zwei Schüsse in die Decke der Einfahrt geben, was nur eine sehr leichte Beschädigung zur Folge hatte. Dann erst ließ der Offizier eine Salve, wobei er absichtlich als Akzent den oberen Rand der der Einfahrt gegenüberliegenden Mauer anab. Dadurch wurde es möglich,

die Zahl der Opfer auf das äußerste zu beschränken. (1) Die Abteilung konnte sich abwärts in guter Ordnung zurückziehen. Ich füge hinzu, daß die Augenzeugen die Richtigkeit der Tatsachen, wie ich mich beehrt habe, sie vorliegend wiedergeben, bestätigt haben. Diese Darstellung scheint keinen Zweifel über die Absicht der Werkleitung und einiger Parteigänger bestehen zu lassen, aus Anlaß einer völlig normalen Requisitionsmäßnahme einen Zwischenfall herbeizuführen, für den sie die Verantwortung tragen mußte. (W. T. B.)

Die deutsche Antwort.

Vorschlag einer internationalen Untersuchungskommission.
Berlin, 10. April. Die Reichsregierung hat den französischen Schriftführer in Paris beauftragt, die vorstehende französische Note wie folgt zu beantworten:

Die deutsche Regierung stellt mit Genugtuung fest, daß die französische Regierung, die bisher die deutschen Proteste gegen das Vorgehen ihrer Truppen im Ruhrgebiet unbeantwortet gelassen hat, sich jetzt veranlaßt sieht, zu den blutigen Ereignissen, die sich am Ostermontagabend in Essen abspielten, amtlich Stellung zu nehmen. Die Ausführungen der Note vom 10. April können jedoch nicht als zureichend anerkannt werden. Die der deutschen Regierung inzwischen noch zugegangenen Nachrichten haben die Darstellung der deutschen Note vom 4. April in allen Punkten, auf die es zur Beurteilung des Sachverhalts ankommt, als richtig bestätigt. Das gilt insbesondere von dem Gerichtsprotokoll über die eisdige Vernehmung von mehreren Arbeitern und Angehörigen der Kruppischen Werke, die Augenzeugen der Vorfälle gewesen sind. Die deutsche Regierung ist bereit, glaubwürdige Abhörnisse dieser Vernehmungprotokolle der französischen Regierung zur Verfügung zu stellen, falls auch diese ihr Beweismaterial herausgibt. Um jedoch ohne jede Verzögerung aus einer von beiden Seiten anzuerkennenden Feststellung des Tatbestandes zu gelangen, schlägt die deutsche Regierung die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission vor, die gemäß dem Ganger Abkommen von 1907 das beiderseitige Beweismaterial zu prüfen und auch alle sonstigen, für den Zwischenfall in Betracht kommenden Tatsachen aufzuklären hätte. Obwohl die deutsche Regierung den Antrag auf Einsetzung einer solchen Kommission zunächst zweier früherer Vorfälle im Ruhrgebiet vergeblich gestellt hat, erwartet sie, daß sich die französische Regierung jetzt dem internationalen Untersuchungsverfahren nicht entziehen wird. Die französische Regierung wird nicht behaupten wollen, daß der Zwischenfall von Essen keine einwandfreie Klärung in einem kriegsgerichtlichen Verfahren finden würde, wie es anscheinend von dem französischen Beschäftigten gegen die noch immer in Haft befindlichen drei Mitglieder der Direktion der Kruppischen Werke durchgeführt werden soll. Da es sich um die Frage handelt, ob die Schuld an dem Zwischenfall bei den auf deutscher Seite beteiligten Personen oder bei den französischen Besatzungstruppen liegt, würde ein aus Angehörigen dieser Truppe gebildetes Kriegsgericht zugleich Partei und Richter sein. (W. T. B.)

durch eine bundesstaatliche Sonderaktion geschädigt werden könnte. Vor allem muß Preußen als der mächtigste Bundesstaat, der zwei Drittel des ganzen Reiches umfaßt, bei der Befolgung dieser Richtschnur mit gutem Beispiel vorangehen. Schon im alten Reiche wurde der übermächtige Einfluß Preußens auf die Reichsregierung vielfach als eine Denkmahn der Reichspolitik empfunden, aber ohne daß es je zu einem wirklichen Konflikt gekommen wäre. Man sieht Abbildung dadurch, daß die Minister des Reichspräsidenten und des preussischen Ministerpräsidenten in einer Person vereinigt wurden und daß man die Inhaber der wichtigsten Reichsministerien mit preussischen Staatsministern mit sich und Stimme im Kollegium ernannte, um so die umgekehrte Wirkung zu erzielen und Preußen durch das Reich zu beeinflussen, durch die „Staatsministerialisierung“ Preußens die Harmonie zwischen den beiden Regierungen zu gewährleisten. Auch die Schaffung eines eigenen Reichsministeriums an Stelle der Staatsministerien zu dem gleichen Zwecke wurde in den letzten Jahren vor dem Kriege wiederholt erörtert. Jetzt haben wir das Reichsministerium, und was erleben wir? Preußen wirtschaftlich unter sozialdemokratischer Verwaltung ganz nach eigenem Ermessen, als ob es ein Reich überhaupt nicht gäbe! Die in Preußen zurzeit herrschende Sozialdemokratie gebietet Übermacht und Verbundhaft Preußens Länden. Das sind unersetzliche, unumgängliche Verhältnisse.

In Sachen liegen die Dinge ähnlich. Der neue Ministerpräsident Dr. Schuler hat es für angebracht gehalten, in seiner Programmrede zu erklären, daß die Politik des nächsten Jahres an der Ruhr möglichst ruhig, klar und einseitig durch eine aktive Politik positiver Vorschläge erkannt werden müsse. Paris kommt ein unverhältnißmäßiges Misstrauensvotum gegen die Reichsregierung zum Ausdruck und ein solches Verfahren verstoßt gegen die Bestimmungen der Reichsverfassung. Kraft deren die Fiktion der Besetzung an den auswärtigen Staaten ausdrücklich Sache des Reiches ist. Wenn die Regierung an der Ruhr ihre Auffassung über Fragen der auswärtigen Politik kundgeben wollen, so ist dazu der auswärtige Austausch des Reichstages der geeignete Platz, in dem die in Rücksicht auf ihren Meinungen stehenden Abgeordneten sich äußern können; auch im Reichstag, in dem die Vertreter der bundesstaatlichen Reichsteile sitzen, sind solche Erörterungen möglich, ebenso im Reichstag bei der politischen Ansprache. Dabei muß aber immer der Gesichtswinkel, daß die amtlichen Ämter der Reichspolitik nicht durch unannehmliche Angriffe in öffentlicher Verhandlung gefährdet werden dürfen, den Ausschlag geben, und niemals darf sich der leitende Minister eines Einzelnen herausnehmen, die Darlegung seines innerpolitischen Programms mit Ausfällen gegen die auswärtige Reichspolitik zu verbinden, die in einer kritischen Lage des Reiches diesen Stellen gegenüber dem Ausland zu schwächen geltend sind. An welchem Werke dienen unerwünschten Erträge der auswärtigen Dr. Schuler hat erhaben, beweisen die in erster Linie Bemerkungen des „Vater der Partei“ über die dem Reichsregierung vorliegenden, die in Sachen ihren Höhepunkt erreicht hätten. Eine richtige Ordnung der bundesstaatlichen Beziehungen gegenüber dem Reiche hätte den tatsächlichen Ministerpräsidenten veranlassen müssen, die Wirkung solcher Kritik auf das Ausland vorher abzuwägen und einzuschüchtern und daraus die Notwendigkeit zu ziehen, daß Schwächen in diesem Sinne nicht zu werden. Dazu kommt noch die verhängnisvolle Situation der ganzen innerpolitischen Politik, die durch die gesellschaftlichen Einwirkungen in den kommunikativen Austausch der beiden schmerzhaften Anzeichen des Reiches und der Beherzungen, die in Sachen ihren Höhepunkt erreicht hätten. Eine richtige Ordnung der bundesstaatlichen Beziehungen gegenüber dem Reiche hätte den tatsächlichen Ministerpräsidenten veranlassen müssen, die Wirkung solcher Kritik auf das Ausland vorher abzuwägen und einzuschüchtern und daraus die Notwendigkeit zu ziehen, daß Schwächen in diesem Sinne nicht zu werden. Dazu kommt noch die verhängnisvolle Situation der ganzen innerpolitischen Politik, die durch die gesellschaftlichen Einwirkungen in den kommunikativen Austausch der beiden schmerzhaften Anzeichen des Reiches und der Beherzungen, die in Sachen ihren Höhepunkt erreicht hätten.

Das ein solches Verhalten des bundesstaatlichen Reiches überhaupt nicht zulässig ist und nicht auf die Wahlen der Reichstagesmitglieder zurückzuführen ist, ist nicht zu verneinen. Das bundesstaatliche Verhältniß kann sich in diesen unglücklichen Umständen, in denen es nicht mehr die ungeschriebenen Rollen spielt, sondern mit der mächtigen Gewaltsamkeit der Reichsregierung gegenüber den Reichsteilen als einseitiges Verhältniß darstellt, wenn seine Vertreter sich vorzeitig vor allen politischen Erörterungen hüten, die in dem uns mit Kränkungen verbundenen künftigen Zustand dem Gläubigen Vorwurf zu stellen vermögen, daß der deutsche Einheitswille im Reich nicht befreit ist. Die von den Reichsteilen heute, wo die Autorität des Reiches gegen früher bedroht erscheint, die von dem Reichsteile politische Selbstbehauptung gegenüber den Reichsteilen. Je schmerzlicher sich die dem Reichsteile heute, wo die Autorität des Reiches gegen früher bedroht erscheint, die von dem Reichsteile politische Selbstbehauptung gegenüber den Reichsteilen.

Die reichsgerichtliche Regelung der Feiertage im Reichsrat.

60 prozentige Erhöhung der Höhe der Erwerbslosenfürsorge.
Berlin, 10. April. Der Reichsrat lehnte den Antrag Schuler ab, nach dem eine abnehmende Skala zur schrittweisen Anpassung der Höhe der Erwerbslosenfürsorge an die Geldentwertung eingeführt werden sollte, nahm dagegen eine Verordnung an, durch die die bisherigen Höhe der Erwerbslosenfürsorge allgemein um 60 Prozent erhöht werden.

Dann beschäftigte sich der Reichsrat mit dem Gesegentwurf über die Feiertage und Gedenktage.

Als weltlicher Feiertag sieht im Vorberand der 11. August als Nationalfeiertag für die Verfassungsfeier. Weltliche Feiertage sollen nur durch Reichsgesetz eingeführt werden dürfen, wobei eine Ausnahme für die Feiertage des 1. Mai gemacht wird. Die Bestimmungen über die Feiertage und die wirtschaftlichen Folgen derselben sind nach Ansicht der Regierung noch nicht soweit geklärt, daß die in den einzelnen Ländern hier hervorgetretenen Widersprüche eine einheitliche Regelung von Reich wegen gestatten. Trotz dieser Ausnahme will aber die Reichsregierung grundsätzlich die Festsetzung von weltlichen Feiertagen in der Hand behalten, und insbesondere wird auch der Wunsch einzelner Landesregierungen unerfüllt bleiben, den 9. November als gesetzlich anerkannten Feiertag zu beschreiben. Neben dem Nationalfeiertag des 11. August ist der Gedenktag für die Opfer des Krieges als ein Hauptfeiertag festgelegt. Hier hat man sich im Ausschuss dahin geeinigt, daß der sechste Sonntag vor Ostern besonders dem Gedenken der Toten des Krieges gewidmet werden soll. Eine Verlesung auf einen anderen Tag ist den Landesregierungen nur mit Zustimmung der Reichsregierung gestattet. Weltliche Feiertage sollen auch künftig durch Landesrecht bestimmt werden können mit der Ausnahme, daß das Gesetz selber zugleich eine Reihe von Tagen reichsrechtlich als weltliche Feiertage einleitet und anerkennt, vor allem den Reichstags- und neben dem Ostermontag den Ostermontag, den Simeonfesttag, den Pfingstmontag, neben dem Pfingstmontag, den ersten und zweiten Weihnachtstag.

Die Vorbereitung zur Gründung der Rheinischen Republik.

Paris, 10. April. „Der Nouvelle“ berichtet gerüchelt, daß die französische Regierung dazu entschlossen sei, sehr eine administrative wirtschaftliche Autonomie des Rheinlandes einzuführen, und daß dies nur die Einleitung zu der Gründung einer Rheinischen Republik sei.